

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Sonntag, 08. August 2010 22:04
An: innenpolitik@kurier.at; post@ii3.bmwfj.gv.at; eva.gruy@oevp-wien.at
Betreff: Sammelmeldung vom 09.08.2010
Anlagen: image013.jpg

Plattform EduCare*elementare und außerschulische Bildung***Informationsdienst**<http://www.Plattform-EduCare.org>informationsdienst@Plattform-EduCare.org<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>**SAMMELMELDUNG****Plattform EduCare***elementare und außerschulische Bildung***auf Facebook**<http://www.facebook.com/PlattformEduCare>

- derzeit über 2.600 Mitglieder -

Fachtagung über die Bedeutung von Forschung und Ausbildung für die
Vorschulpädagogik

**VON DER KINDERGARTENTANTE
ZUM BACHELOR OF EDUCATION**

am 05. Oktober 2010

von 08.30 bis 17.00 Uhr

im SiemensForum, Wolfgang Pauli-Straße 2, 4020 Linz

- [Tagungsfolder](#)
- Weitere Informationen unter
[http://www.pga.at/kurseveranstaltungen/detailansicht.html?
tx_ewuseminare_pi1%5Bid%5D=12855&cHash=67abed82ce](http://www.pga.at/kurseveranstaltungen/detailansicht.html?tx_ewuseminare_pi1%5Bid%5D=12855&cHash=67abed82ce)
- E-Mail: office@pga.at
- Homepage: <http://www.pga.at/>

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 08.08.2010 22:03:22

MEINUNG

["KURIER"-Kommentar von Ricardo Peverl "Generalverdacht" - Höchste Zeit, Eltern nicht mehr von Gesetz wegen auseinanderzuidividieren.](#)

[„STANDARD“-Meinung von Conrad Seidl: Suche nach einem Familienbild - Das Pendel der Juristen war zu weit zugunsten der Mütter ausgeschlagen](#)

TOP-THEMA

[Väterrechte: Deutsches Urteil als Vorbild für Österreich?](#)

[Österreich: Prozess vor EGMR läuft](#)
[SPÖ lehnt Automatismus ab](#)

[SPÖ: Freiwillige gemeinsame Obsorge fördern, Nein zur Zwangsverpflichtung](#)

[Deutschland stärkt Väterrechte](#)

[SORGERECHT Karlsruhe stärkt Väterrechte](#)
[Karlsruhe: Verfassungsgericht stärkt Väterrechte](#)
[WAZ: Gericht stärkt Rechte lediger Väter - Zum Wohl des Kindes. Leitartikel ...](#)
[→ Alle 1.005 Artikel »](#)

[Unterhaltsstreit – die Kriege der verletzten Eltern](#)

ZUR DISKUSSION

[Nichts wie raus! - Jungen sind die Verlierer des Bildungssystems. Das echte Leben ist die bessere Schule für sie.](#)

[Studie Kindheit ohne Perspektiven, aber mit Computer](#)
[Erziehung "Lasst sie Männer sein"](#)
[Unterricht Die Krise der kleinen Männer](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'EN)

[Übersicht](#)

[Schriftdolmetschung: Start der Ausbildung](#)

[Kindergartenpädagogik Kurse - Die Wiener Volkshochschulen](#)

BETRIEBSKINDERGARTEN

[Deutschland: Bundesfamilienministerium verlängert Antragsfrist zum Förderprogramm Betrieblich unterstützter Kinderbetreuung](#)

BILDUNGSPOLITIK

[Bildung: CSU lehnt Gutscheine für Hartz-IV-Empfänger ab | Politik 24](#)

[CSU: Bildungs-Gutscheine sind diskriminierend!](#)

BM:UKK / BMWF

[BM:UKK-Homepage](#)
[BMWF Homepage](#)

[bm:ukk - Stellenausschreibungen im BMUKK:](#)

BMWF - Vereinbarkeit von Familie und Beruf[Handbuch zur Vereinbarkeit \(3. Auflage\) \(PDF, 5MB\)](#)[Studie - Betriebswirtschaftl. Aspekte \(PDF, 424kB\)](#)[Studie - Familienfreundl. Maßnahmen in Krisenzeiten \(PDF, 354kB\)](#)**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM**[Gesetze Bundesländer](#)[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)[Kollross: Nicht auf dem Rücken der Kleinsten Scheinlösungen diskutieren! - Brauchen für Kindergärten eine bundesweit einheitliche Regelung](#)[Gemeinden: Kindergärten, Pflege als Last](#)[307 Gemeinden dürften rote Zahlen schreiben ORF.at](#)[Der Hälfte aller Gemeinden droht heuer ein Minus derStandard.at](#)[Gemeinden müssen Leistungen kürzen DiePresse.com](#)[Gemeinden mit mehr Budgetproblemen Kurier](#)[nachrichten.at - Österreich Journal](#)[➔ Alle 18 Artikel »](#)**BURGENLAND**[Meldungen: keine](#)**KÄRNTEN**[Meldungen:](#)[Heime für Alte statt Plätze für Kinder](#)**NIEDERÖSTERREICH**[Meldungen: keine](#)**OBERÖSTERREICH**[Meldungen: keine](#)**SALZBURG**[Meldungen: keine](#)**STEIERMARK**[Meldungen: keine](#)**TIROL**[Meldungen:](#)[Keine Ferienbetreuung für behinderte Kinder](#)**VORARLBERG**[Meldungen:](#)[SPÖ: "Zwei Drittel der Gemeinden im Minus"](#)[Grüne wollen Kindergärtnerinnen im Landesdienst](#)**WIEN**[Meldungen:](#)[Kinderkrippe: Keine Garantie auf einen Platz. Stadtrat Oxonitsch räumt im Interview Engpässe bei Betreuungsplätzen und beim Personal ein. Aber Wien wolle vor allem Betreuungsplätze im Altersbereich der 0- bis 3-Jährigen schaffen, so Oxonitsch weiter.](#)[Das letzte Kindergartenjahr ist ab Herbst verpflichtend. Wie viele Plätze fehlen?](#)[Und was ist mit den 0- bis 3-Jährigen? Haben Eltern da eine Garantie auf einen Kindergartenplatz?](#)[Wie sieht es mit der Personalsituation aus, gibt es einen Engpass?](#)[In manchen Bundesländern wird überlegt, ob der Gratiskindergarten finanzierbar ist.](#)[Wird es den Gratiskindergarten über die Wahl hinaus, die ganze nächste Legislaturperiode, geben?](#)[Zur Ganztagschule: Eltern ärgern sich, weil es im Sommer keine Betreuung, keinen Hort gibt.](#)[VP-Riha: Selektive Wahrnehmung und Schönreden schaffen noch keine Kindergartenplätze - Wien braucht Entwicklungsplan und Rechtsanspruch für den Kindergarten](#)[Offenlegung der Wartelisten gefordert](#)**ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN**[Hessen will mehr Männer in den Kitas](#)[Bessere Erzieher im Osten](#)**FAMILIENPOLITIK**[Familienpolitik: Kritik an Sparplänen der Industriellenvereinigung Kathweb](#)

[Familienverband: "Keine Spardebatte auf dem Rücken der Familien" Kathweb](#)

GENDER

[Frauen in der Wissenschaft auf der Überholspur](#)

KINDERBETREUUNG

[Karenz für Männer noch immer kein Thema](#)

KINDERERZIEHUNG

[Mamas & Papas: Eins, zwei, drei - Gehorsam!](#)

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[Erfolgsmodell "Family Literacy": Sprachförderung wird ausgeweitet](#)

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

[Die Pfarre Steyr, St. Michael sucht ab September 2010 eine/n ...](#)

[KindergartenpädagogIn für Wels - Hilfswerk - Pflege ...](#)

[Unijobsat KindergartenpädagogIn bei Kinder in Wien](#)

SONSTIGES

[AUGE/UG Broschuere "Stopp Burn out"](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

["KURIER"-Kommentar von Ricardo Peyerl "Generalverdacht" - Höchste Zeit, Eltern nicht mehr von Gesetz wegen auseinanderzuidividieren.](#)

Wien (OTS) - Wenn sich ein lediger Vater zu seinem Kind bekennt (oder durch einen Gentest dazu gebracht wird), heißt das noch gar nichts. Er übernimmt zwar sofort Pflichten wie z. B. den Unterhalt, Vaterrechte genießt er aber nicht. Das Kind unangemeldet vom Kindergarten abholen, im Spital besuchen, mit ihm auf Urlaub fahren oder einfach nur zu den Großeltern bringen? Nur, wenn die Mutter zustimmt.

Mit diesem Anachronismus hat der Europäische Gerichtshof aufgeräumt, der deutsche Verfassungsgerichtshof ist ihm jetzt gefolgt, die österreichische Justiz wird sehr rasch nachziehen müssen. Eine selbstverständliche gemeinsame Obsorge für alle Eltern - egal, ob sie verheiratet, geschieden sind oder in "wilder Ehe" leben - ist angesichts der weitverbreiteten neuen Lebensformen längst überfällig.

Das am häufigsten gehörte Argument der Reformgegner ist ein Generalverdacht und lautet: Unsteten Männern, welche die Ehe scheuen

oder die Ehefrau gegen eine Geliebte eintauschen, könne man die Obhut für das Kind nicht anvertrauen. Aber für diese Fälle gibt es Richter, welche dem Vater (aber auch einer verantwortungslosen Mutter) das Sorgerecht flugs aberkennen.

Rückfragehinweis:

KURIER, Innenpolitik

Tel.: (01) 52 100/2649

<mailto:innenpolitik@kurier.at>

www.kurier.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/129/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

„STANDARD“-Meinung von Conrad Seidl: Suche nach einem Familienbild - Das Pendel der Juristen war zu weit zugunsten der Mütter ausgeschlagen

Vater, Mutter, Kind. Familienbild, Öl auf Leinwand, unbekannter Künstler um 1900.

Das ist das Bild, das vielfach vom Zusammenleben der Kernfamilie gepflegt wird: Es hängt in den Arbeitszimmern vieler Politiker und etlicher Juristen. Gerne auch in katholischen Pfarrhäusern und vielfach auch in den Kleinwohnungen glücklicher Jungfamilien.

Das Bildnis erwiese sich allerdings als unverkäuflich, wenn es darauf ankäme: Mit diesem Familienbild kommt man in den Fällen nicht weiter, wo die Familie zerfällt. Oder wo sie erst gar nicht entsteht.

Man hat sich da in den letzten Jahren damit beholfen, dass man an den alten Grundsatz angeknüpft hat, dass die Kinder zur Mutter gehören (dass dahinter steht, dass man sich die Mutter an den Herd wünscht, ist nicht so deutlich dazugesagt worden). Und dass der Vater als der wirtschaftlich Stärkere die Pflicht zu zahlen hat. Man weiß: Nicht alle Väter kommen dieser Pflicht nach. Es hat sich auch herumgesprochen, dass es viele Mütter gibt, denen das bei ihnen verbliebene Kind als das einzig Wertvolle an der Erinnerung an den inzwischen fremd und oft gleichgültig gewordenen Kindesvater erscheint.

Familienrichter und Sozialbehörden, die das Jahrhundertwende-Familienbild aus den Amtsstuben und den Köpfen verbannt haben, haben in den vergangenen Jahren ein ausgleichendes, aber deswegen nicht gerechteres Familienbild entwickelt: Sie haben - mit politischer und gesetzlicher Unterstützung - die Rolle der Mutter so stark gemacht, wie sie jetzt ist. Im Zweifel kriegt sie das Kind und das Obsorgerecht.

In solchen Fällen wird das Kind zum Pfand. Für die Väter, gerade für jene, denen das Kind mehr als eine lästige Zahlungsverpflichtung ist, ist diese Entwicklung schlimm: Sie fühlen sich ausgeschlossen aus der eigenen Familie.

Das deutsche Verfassungsgericht hat am Dienstag erkannt, dass das auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Es hat für verfassungswidrig erklärt, dass einer ledigen Mutter alle Sorgerechte zugestanden werden. Da waren die Rechte der Mutter nämlich offenbar zu sehr gestärkt worden - nachdem jahrhundertlang ledigen Müttern (unter moralischer Missbilligung ihrer Lage) kaum zugetraut wurde, für ein Kind zu sorgen, war das Pendel zuletzt zu stark zugunsten der Mütter ausgeschlagen.

Offenbar ist es nicht nur für die jeweiligen Eltern, sondern auch für die Juristen schwierig, die richtige Balance der Interessen zu finden. In Deutschland haben es nun die Verfassungsrichter versucht, in Österreich versucht es seit geraumer Zeit das Justizministerium. Wobei sich mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, dass es nicht so sehr um die Interessen der durch Trennung und Streit ohnehin schwer belasteten Eltern geht, sondern um das Wohl des Kindes.

Das Kind soll die Belastung nicht auch noch aufgebürdet bekommen. Es soll beide Eltern haben - auch wenn kein Gericht diese Eltern zwingen kann und soll, miteinander versöhnt zu sein. Unter vernünftigen, emotional ausgeglichenen Erwachsenen hat das bisher auch ohne rechtliche Hilfestellung halbwegs funktioniert. Dazu, dass es auch in emotional schwierigen und entsprechend wenig vernunftgeleiteten Familienbruchstücken funktioniert - dazu muss ein rechtliches Umfeld beitragen, das die Interessen aller, die auf dem Familienbild dargestellt sind, berücksichtigt

<http://derstandard.at/1277339548299/Conrad-Seidl-Suche-nach-einem-Familienbild>

TOP-THEMA

Väterrechte: Deutsches Urteil als Vorbild für Österreich?

Deutschland hat die Rechte für ledige Väter gestärkt. Auch Justizministerin Claudia Bandion-Ortner will unverheiratete Eltern ins Blickfeld rücken. "Auch uneheliche Kinder haben ein Recht auf einen Vater."

Das deutsche Verfassungsgericht hat das Sorgerecht für unverheiratete Väter erheblich gestärkt. Ob es ein gemeinsames Sorgerecht gab, war bisher allein vom Willen der Mutter abhängig, ein Einspruch nicht möglich. Nun hat das Gericht in Karlsruhe das Vetorecht für Mütter gekippt. Das Urteil könnte Vorbildwirkung für Österreich haben. Denn auch hier wird ledigen Vätern die gemeinsame Obsorge nur zugesprochen, wenn die Mutter zustimmt.

Justizministerin Claudia Bandion-Ortner dafür

Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) setzt sich schon länger für eine automatische Obsorge für Kinder nach Scheidungen ein. Auch unverheiratete Paare will sie nun ins Blickfeld rücken. "Auch uneheliche Kinder haben ein Recht auf einen Vater", sagte sie in "Österreich" (Mittwoch). Nicht festlegen will sich Bandion-Ortner auf das Ausmaß einer Verpflichtung. Es dürfe jedenfalls nicht sein, dass "Frauen aus Angst vor zu viel Einflussnahme den Vater nicht bekannt geben".

Österreich: Prozess vor EGMR läuft

In Österreich haben unverheiratete Paare die Möglichkeit, ein gemeinsames Sorgerecht beim Pflschaftsgericht eintragen zu lassen. Gibt es diesen Antrag nicht, liegt das alleinige Sorgerecht bei der Mutter. Nach Scheidungen vereinbaren derzeit rund 50 Prozent der Eltern gemeinsame Obsorge, bei aufrechten (unverheirateten) Beziehungen ist die Quote nach Angaben des Justizministeriums noch geringer.

Derzeit läuft ein Verfahren eines ledigen, österreichischen Vaters vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. "Ich hoffe, dass es ähnlich wie im deutschen Fall ausgehen wird", sagt Bandion-Ortner im "Kurier" (Mittwoch). Damals hatte das Gericht entschieden, dass die Bevorzugung der Mütter das Diskriminierungsverbot der Menschenrechtskonvention verletze.

SPÖ lehnt Automatismus ab

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim lehnte eine automatische gemeinsame Obsorge für unverheiratete Eltern ab. "In Österreich wird jeder einzelne Fall für sich geprüft und das Wohl des Kindes steht im Mittelpunkt. Daran sollte sich auch nichts ändern", so Jarolim.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) meinte letzten Herbst zu diesem Thema, dass, sollte es künftig auch in Lebensgemeinschaften automatisch eine gemeinsame Obsorge geben, das "Hand in Hand mit mehr Rechten für die Frauen" gehen müsse (Anspruch auf Unterhalt u.ä.). "Ein automatisches gemeinsames Sorgerecht für die Väter ohne Absicherung der Frauen wird es nicht geben", so die Linie der Ministerin.

(Red.)

http://diepresse.com/home/bildung/erziehung/585419/index.do?from=gl.home_bildung

SPÖ: Freiwillige gemeinsame Obsorge fördern, Nein zur Zwangsverpflichtung

„Wir müssen die freiwillige gemeinsame Obsorge nach Trennungen oder Scheidungen fördern und unterstützen. Zwangsverpflichtungen sind hier der völlig falsche Weg“, erteilt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek dem Vorschlag von Justizministerin Bandion-Ortner eine klare Absage.

<http://spoe.at/page.php?P=105037>

Deutschland stärkt Väterrechte

Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat die Rechte von Vätern unehelich geborener Kinder gestärkt. Eine Mutter darf in Zukunft nicht mehr die gemeinsame ...

SORGERECHT Karlsruhe stärkt Väterrechte

DCRS ONLINE

Karlsruhe: Verfassungsgericht stärkt Väterrechte

Saarländischer Rundfunk

WAZ: Gericht stärkt Rechte lediger Väter - Zum Wohl des Kindes. Leitartikel ...

Ad-Hoc-News (Pressemitteilung)

[Morgenweb](#)

→ Alle 1.005 Artikel »

Unterhaltsstreit – die Kriege der verletzten Eltern

[WELT ONLINE](#)

Das Grundgesetz 1949 sah die Erziehung als „natürliches Recht der Eltern (...). Über deren Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft. ...

ZUR DISKUSSION

Nichts wie raus! - Jungen sind die Verlierer des Bildungssystems. Das echte

Leben ist die bessere Schule für sie.

Die Geschichte mit dem Plumpsklo erzählen sie sich noch heute. Weil sie peinlich war, aber irgendwie auch gut. Eine Toilette sollte her, irgendwo mussten sie ihre Notdurft ja verrichten. Die Jungs hatten einen Bauplatz ausgesucht und einen Plan gezeichnet. Nach zwei Tagen Sägen und Hämmern standen sie stolz vor dem Häuschen – und stellten fest, dass niemand es benutzen konnte. Sie hatten die Tür falsch montiert, sie ließ sich nur nach innen öffnen. Und das auch nur einen Spalt breit.

In der Schule hätten die Zwölf- und Dreizehnjährigen vielleicht entnervt die Brocken hingeworfen. Die Frustrationsschwelle vieler Jungs an der Heinrich-von-Stephan-Schule ist nicht besonders hoch. Aber hier draußen am Schlänitzsee galt Aufgeben nicht, schließlich wurde die Toilette dringend gebraucht. Also schraubten die Jungs die Tür wieder ab und bauten sie richtig herum ein.

Wachsen durch Scheitern, Lernen durch Selbermachen – das sind die Prinzipien des »Landbauprojekts Schlänitzsee«. Auf dem verwilderten Gelände vor den Toren Potsdams müssen sich Jugendliche in handfesten Herausforderungen beweisen. Diese neue Pädagogik der Bewährung kommt vor allem den Jungen zugute, sagt Rektor Jens Großpietsch. An der Heinrich-von-Stephan-Schule, einer Brennpunktschule in Berlin-Moabit, sind die Jungen das schwache Geschlecht. Die Mädchen geben den Ton an – im Unterricht, im Morgenkreis oder in der Klassenversammlung. »Vor allem verbal sind sie überlegen«, sagt Großpietsch. Wenn Jungen auffallen, dann oft nicht durch gute Noten, sondern durch Desinteresse oder Stören. Vor zehn Jahren hat es der Schulleiter zum ersten Mal bemerkt: »Die Jungen rutschen ab. Wir müssen etwas tun.«

Die Jungen, einst in der Mehrheit unter Abiturienten und Studenten, geraten in der Schule ins Hintertreffen. Und das Phänomen beschränkt sich keineswegs auf einzelne Problemstadtteile oder soziale Schichten. Es ist auch keine Randerscheinung, das zeigen die Zahlen deutlich: Drei Viertel der Sonderschüler sind männlich und zwei Drittel der Schulabbrecher. Spätestens seit dem ersten Pisa-Test im Jahr 2000 gelten Jungen als Sorgenkinder, gar als Verlierer unseres Bildungssystems – quer durch alle Schulformen. Beim Lesen hinken sie rund ein halbes Jahr hinter den Mädchen her, unter den ganz schwachen Lesern sind sie doppelt so häufig vertreten. Statistisch gesehen, müssen sich Eltern auf Ärger einstellen, wenn es im Kreißsaal heißt: Es ist ein Junge. Egal, ob Schreibabys oder Zappelphilippe, Legastheniker oder Computerjunkies – Söhne beschäftigen die Beratungsstellen weit häufiger als Töchter.

Die Bildungsprobleme beginnen schon vor der Einschulung, Jungen werden häufiger wegen Unreife zurückgestellt als Mädchen. Und während die Leistungsunterschiede in den ersten Schuljahren noch relativ gering sind, geht die Schere später deutlich auseinander. Auf das Gymnasium und später durch die Abiturprüfungen schaffen es inzwischen weniger Jungen als Mädchen. »Irgendetwas passiert in der Sekundarstufe«, sagt Barbara Koch-Priewe, Pädagogikprofessorin an der Universität Bielefeld, »nur wissen wir nicht genau, was.« Der Zwist über die Ursachen des männlichen Leistungsabfalls und die Rezepte dagegen spaltet ihre Zunft.

Endgültige Antworten hat auch Schulleiter Großpietsch nicht. Aber eines ist ihm klar: Mit klassischem Unterricht – Wissensvermittlung im 45-Minuten-Takt – erreicht man die Schüler in der Pubertät kaum. »Die Jungen suchen in diesem Alter die Herausforderung. Sie wollen sich an echten Aufgaben beweisen und nicht vorgefertigte Fragen beantworten.« Bekämen sie diese Chance, seien sie zu erstaunlichen Leistungen fähig.

Das Gelände am Schlänitzsee, auf dem die Schüler aus Moabit zu Gast sind, bietet reichlich Gelegenheiten, sich unter Beweis zu stellen. Die staatliche Montessori-Oberschule in Potsdam hat vor drei Jahren das Grundstück mit der einstigen Ferienhaussiedlung für Stasimitarbeiter übernommen und zum Unterrichtsgegenstand gemacht, mithilfe der Stiftung Brandenburger Tor und der Bosch-Stiftung. Seitdem steht der Arbeitseinsatz am See fest im Lehrplan: Vier Tage im Monat bauen Sieb- und Achtklässler Ställe, legen Beete an und kochen, statt sich mit dem Satz des Pythagoras oder dem *present progressive* herumzuschlagen. Ein Landwirt und ein Kanubauer stehen ihnen mit professionellem Rat zur Seite.

Leon, Luke und Ole sind in dieser Woche dran. Die 13-Jährigen führen den Besucher über das noch immer größtenteils verwilderte Gelände, vorbei an ausgeschlachteten Bungalows, gefällten Pappeln und Haufen gerodeten Gestrüpps. »Am Anfang gab es hier nichts«, erzählt Ole. Gekocht haben sie über einem Feuer, das Wasser mussten sie von einer sechs Kilometer entfernten Tankstelle herbeischaffen. Mittlerweile wurde ein Schuppen zur Küche umgebaut. Eine Handvoll jugendlicher werkelt gerade an einem Lastwagenanhänger, sie wollen einen Bauwagen daraus machen.

Im Winter haben sie mit Äxten aus dem Eis des Sees Blöcke geschlagen und daraus Skulpturen geformt. Im vergangenen Sommer sind sie in selbst gebauten Kanus bis nach Hamburg gepaddelt. Kurz vor Geesthacht mussten sie die Tour abbrechen, wegen schlechten Wetters. Weit und breit gab es keinen Campingplatz oder auch nur einen Laden. »Mehr als eine Stunde musste ich laufen, um Brot für die Gruppe zu kaufen«, erzählt Leon. Er klingt wie ein amerikanischer Pionier, der als Erster den Grand Canyon durchquert hat.

Besonders Jungen wollten in der Pubertät ihre wachsenden Kräfte spüren, sagt Schulleiterin Ulrike Kegler. »Die kann man nicht die ganze Zeit in ein Klassenzimmer sperren.« Anstrengend ist schon der Weg zum See. Einige Schüler fahren die zwölf Kilometer von Potsdam mit dem Fahrrad, andere laufen vom nächsten Bahnhof eine halbe Stunde, egal, ob es regnet oder schneit. Trotzdem kommen nur wenige zu spät. Am Anfang, als das Projekt noch freiwillig war, haben sich die Lehrer gefragt, wie viele Schüler wohl mitmachen würden. Zur Überraschung der Pädagogen waren alle Jungen dabei. Und von den Mädchen meldeten sich nur zwei ab. Selbst dem Handyverbot auf dem Gelände stimmten die Jugendlichen zu.

Das Vorbild für das organisierte Ausbrechen aus dem Lernraster hatte Schulleiterin Kegler an einer Partnerschule in den USA entdeckt. Während der pubertäre Pulk zu Hause sich kaum bändigen ließ, waren die amerikanischen Jungs konzentriert bei der Sache. Kegler war fasziniert. Offenbar war die Farm School die Lösung: Im Wechsel mit dem traditionellen Unterricht arbeiteten die Schüler auf einer Art Schulbauernhof.

Den theoretischen Anstoß fürs Umdenken gab vor vier Jahren der Pädagoge Hartmut von Hentig. Moralisch hat er sich im Frühjahr durch seine verharmlosenden Äußerungen zu den Missbrauchsfällen an der Odenwaldschule diskreditiert. Einer der wichtigsten Ideengeber der Bildungsreform ist er aber nach wie vor. 2006 hat er in seinem Buch *Bewährung – von der nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein* für eine »Entschulung« der Mittelstufe: Gerade während der Pubertät, wenn die Jugendlichen »sich selbst und anderen unverständlich werden«, könne die blutleere Lernschule ihnen wenig geben.

Den Pädagogen haben die Flegeljahre schon immer besonderen Kummer bereitet. Wenn die Hormone drängen, fühlen sich viele Jugendliche in der Schule eingesperrt. Sie sind zu alt, um sich der Lehrerautorität widerspruchslos zu beugen, aber zu jung für die Einsicht, dass man fürs Leben auf Vorrat lernen muss. »Besonders Jungen suchen Anerkennung über den Konflikt mit dem Lehrer«, sagt Jürgen Budde, Jungenforscher an der Universität Halle. Statt sich wie Mädchen »unterrichtskonform« zu verhalten, wie es im Pädagogendeutsch heißt, mimen sie vor Freunden den wilden Kerl. Eine gute Note gilt als uncool, Streber als Schimpfwort. Hinter dem männlichen Dominanzverhalten stecke oft die latente Angst, vor der Gruppe zu versagen, sagt Budde.

Für diese seltsame Zwischenphase propagierte von Hentig ein pädagogisches Gegenprogramm. An die Stelle von »Leistungszwang« solle eine »Selbstverpflichtung« treten, an die Stelle »kollektiver Belehrung das persönliche Erlebnis«: beim Einsatz im Altenheim oder auf dem Bauernhof, beim Drehen eines Films oder bei der Renovierung der Schule. Hentigs Traum, die Schüler ein ganzes Jahr lang aus dem Schulbetrieb ausbrechen zu lassen und ihre Kraft in den Dienst an der Gemeinschaft zu stellen, hat bislang niemand verwirklicht. Die Grundidee, das Erfahrungswissen der Schüler zu stärken, findet jedoch immer mehr Nachahmer, wenn auch in sehr unterschiedlichen Formen.

Mehrere Tausend Schülerfirmen bieten in Deutschland Catering-Services an, geben Nachhilfe, reparieren Fahrräder oder renovieren für die Schule Tische und Bänke. Betriebspraktika gehören heute zum Lehrplan jeder Schule. Gerade das Angebot vieler Hauptschulen geht mittlerweile weit über die Schnupperwoche im Betrieb hinaus. In Hamburg arbeiten alle Hauptschüler ein bis zwei Tage pro Woche in einem Betrieb, ein ganzes Schuljahr lang.

»Die Schüler werden verantwortungsbewusster, die Fehlzeiten gehen auch in der Schule zurück«, sagt Rainer Lehberger, Leiter des Hamburger Zentrums für Lehrerbildung. Eine Umfrage ergab, dass jeder Zweite nun motivierter zur Schule geht. Immerhin 38 Prozent der Schüler sagten, die Arbeit im Betrieb sporne sie an, »besser im Unterricht mitzuarbeiten«. Mancher erkennt zum ersten Mal, warum es sich lohnt, den Dreisatz und die Rechtschreibung zu beherrschen.

An der Hamburger Gesamtschule Winterhude beginnt das Schuljahr für die Klassen acht bis zehn mit einer großen »Herausforderung«. Drei Wochen lang überqueren die Schüler die Dolomiten, fahren mit dem Fahrrad nach Paris oder bauen einen Naturspielplatz. 300 Schüler sind jedes Jahr im Einsatz, sie organisieren den Erfahrungstrip größtenteils selbst und treiben das Geld dafür auf.

Die Berliner Heinrich-von-Stephan-Schule kann wegen der langen Anfahrt nach Potsdam nur eine Woche im Jahr am Schlänitzsee verbringen. Deshalb plant sie ihr eigenes großes Projekt: Rektor Großpietsch möchte seine Mittelstufenschüler das gesamte Schulgelände umgestalten lassen. Unter professioneller Anleitung können die Schüler ihre Welt umkrepeln.

Die Schulreformer in Potsdam, Berlin und Hamburg scheinen einen Nerv getroffen zu haben. »Wenn ich von unserem Projekt am Schlänitzsee erzähle, sagen viele: Genau das ist es«, berichtet die Potsdamer Schulleiterin Ulrike Kegler. Schon lange ist ihre Schule, die ohne Tafeln und Noten auskommt, eine Wallfahrtsstätte der Reformpädagogik. Nun ist das Interesse noch einmal gestiegen. Hunderte von Lehrern, Rektoren und Kultusbeamten besuchten die Schule im vergangenen Jahr. Eine Frage trieb sie alle um: Wo bleibt der Unterrichtsstoff, den der Lehrplan vorsieht? Schließlich verbringen die Jugendlichen rund ein Viertel weniger Zeit im Klassenraum.

Eine Antwort gibt an diesem Tag Landwirt Matthias Peeters. Er steht mit den Jungen in einer Grube neben einem Hochbeet. Klar zeichnen sich die verschiedenen Bodenschichten ab. Die Jugendlichen nehmen Proben, untersuchen Farbe, Konsistenz und Feuchtigkeit der Scholle und tragen die Ergebnisse der praktischen Erdkunde in ihr Logbuch ein. Später werden sie die Erde chemisch analysieren. Jeder Schüler muss eine dicke Kladde führen, um das Arbeitspensum zu dokumentieren.

Solche Lerngelegenheiten gibt es viele am Schlänitzsee: Ohne exakte Flächenberechnung lässt sich kein Schuppen bauen, Kochrezepte gibt es auf Englisch und Französisch, die Geschichte der DDR begegnet den Jugendlichen auf Schritt und Tritt. In den verfallenden Stasibungalows liegen noch Zeitungen aus der Wendezeit. Viele Schüler begannen nach kurzer Zeit, selbst zu fragen, sagt Schulleiter Großpietsch. Nur wissen die Lehrer nicht immer die Antworten. Wer kann schon aus dem Stand sagen, weshalb Silberpappeln silberne Blätter haben oder warum man Nudeln ins kochende Wasser gibt, Kartoffeln aber zusammen mit dem Wasser erhitzt?

»Das Leben draußen mit den Fachinhalten zu verbinden ist die größte Herausforderung«, sagt auch Ulrike Kegler. Lösungen dafür könnte die Lehrerakademie erarbeiten, welche die Schulleiterin am Schlänitzsee errichten möchte. Gleichzeitig träumt sie davon, das Lernen in der freien Wildbahn zu verlängern. Ganze zwei Jahre möchte sie die Siebt- und Achtklässler an den See schicken, dort einen zweiten Standort für ihre Schule bauen. Ihr Kollegium muss Kegler von ihrem Plan noch überzeugen, nicht alle Lehrer sind davon begeistert, ihren Arbeitsplatz auf das Matschgelände zu verlegen. Manchem Pädagogen hilft vielleicht der Enthusiasmus der Jugendlichen, den Übergang zu meistern. Einer modebewussten Lehrerin bastelten die Jungs ein Regal aus Holz – für ihre Stöckelschuhe.

Mehr zum Thema

[Studie Kindheit ohne Perspektiven, aber mit Computer](#)

[Erziehung "Lasst sie Männer sein"](#)

[Unterricht Die Krise der kleinen Männer](#)

<http://www.zeit.de/2010/32/Jungen-Bildung-Entschulung>

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'en)

Übersicht

Schriftdolmetschung: Start der Ausbildung

Der Österreichische Schwerhörigenbund Dachverband (ÖSB) erinnert in einer aktuellen Aussendung an die Aufnahme- und Einstufungstests für Personen, die sich zur Schriftdolmetschung ausbilden lassen wollen.

<http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=11506>

Kindergartenpädagogik Kurse - Die Wiener Volkshochschulen

Kurskategorien. Willkommen bei den Wiener Volkshochschulen - Die Wiener Volkshochschulen bieten neben Kursen und Vorträgen eine breite Palette an ...

www.wwww.reggiopaedagogik.at/kurskategorien.html?&...

BETRIEBSKINDERGARTEN

Deutschland: Bundesfamilienministerium verlängert Antragsfrist zum Förderprogramm Betrieblich unterstützter Kinderbetreuung

Anträge für Förderprogramm können noch bis Mitte 2011 eingereicht werden

Das Bundesfamilienministerium verlängert die Antragsfrist für das im Februar 2008 gestartete Förderprogramm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung (BuK) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) um ein halbes Jahr bis Mitte 2011. Mit der verlängerten Antragsphase haben Unternehmen nun noch bis zum 1. Juli 2011 Gelegenheit, mit einem betrieblichen Betreuungsprojekt zu starten.

"Gute Kinderbetreuung gehört zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben in Deutschland", begründete Bundesfamilienministerin Kristina Schröder die Verlängerung. "Unternehmen können durch betriebliche Kinderbetreuungsangebote einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Davon profitieren Beschäftigte und ihre Familien. Und davon profitieren die Unternehmen, die durch familienfreundliche Angebote für gut ausgebildete Fachkräfte attraktiver werden."

Insbesondere interessierten Unternehmen, die in den letzten Monaten mit der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen hatten, verschafft die Verlängerung der Antragsfrist neue Spielräume. Planungen zu betrieblichen Betreuungsprojekten können in Ruhe konkretisiert und noch mit Hilfe des Förderprogramms umgesetzt werden. Damit kann das Förderprogramm dazu beitragen, dass für mehr Unternehmen die Vorteile einer betrieblichen Kinderbetreuung spürbar werden.

Das Förderprogramm richtet sich an Wirtschaftsunternehmen aller Größen und Branchen mit Sitz in Deutschland, aber auch an Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen und privaten Rechts wie beispielsweise Hochschulen. Für eine Förderung müssen mindestens sechs neue zusätzliche Betreuungsplätze für Mitarbeiterkinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr in bereits bestehenden oder neuen Einrichtungen geschaffen

werden. Diese können auch durch den Verbund mehrerer Unternehmen entstehen. Für die Betreuung von Mitarbeiterkindern werden maximal 50 Prozent der Betriebskosten bis zu einer Obergrenze von 6.000 Euro je Platz im Jahr durch die Fördermittel des ESF gezahlt. Die Zuwendung wird für die Dauer von bis zu zwei Jahren gewährt, höchstens jedoch bis zum Ende der Laufzeit des Programms am 31. Dezember 2012. Anträge müssen so rechtzeitig gestellt werden, dass mit der Förderung spätestens zum 1. Juli 2011 begonnen werden kann. Daneben können Unternehmen, Hochschulen und Träger der Betreuungseinrichtung eine Kofinanzierung durch Länder und Kommunen beantragen.

Mehr Informationen zum Förderprogramm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung finden Sie unter www.erfolgsfaktor-familie.de/kinderbetreuung.

BILDUNGSPOLITIK

Bildung: CSU lehnt Gutscheine für Hartz-IV-Empfänger ab | Politik 24

von WELT ONLINE - Politik

Bildung: CSU lehnt Gutscheine für Hartz-IV-Empfänger ab. zum Originalartikel. Hartz-IV-Kinder sollen der bayerischen Sozialministerin nach keine Bildungsgutscheine erhalten. Sie seien diskriminierend. Popularity: unranked ...

[Politik 24 - http://www.politik24.de/](http://www.politik24.de/)

CSU: Bildungs-Gutscheine sind diskriminierend!

[BILD](#)

Der „BZ am SONNTAG“ sagte er: „Das Verfassungsgericht verlangt nur eine transparentere Berechnung, besonders zur Kindererziehung. Von Erhöhung steht nichts ...

BM:UKK / BMWF

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWf Homepage](#)

bm:ukk - Stellenausschreibungen im BMUKK:

Stellenausschreibungen im BMUKK. Ausschreibung der Funktion der Leitung der Sektion I im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur ...

www.bmukk.gv.at/service/brett/20100730.xml

BMWf - Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der wichtigsten Herausforderungen, denen sich die österreichische Familienpolitik aktuell gegenüber sieht. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass zwischen Kinderwunsch und tatsächlich realisierter Kinderzahl eine deutliche Lücke klafft. Junge Menschen wünschen sich eine eigene Familie, gleichzeitig ist ihnen aber auch der berufliche Erfolg wichtig. Aufgabe der Politik ist es, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Balance zwischen Familie und Beruf gut gelingen kann. Durch familienpolitische Schwerpunktsetzungen wurde in den letzten Jahren vieles erreicht und umgesetzt.

Ein Meilenstein war die Einführung des **Kinderbetreuungsgeldes** im Jahr 2002, welches allen Eltern unabhängig von einer früheren Erwerbstätigkeit gebührt. Ab dem

Jahr 2008 hatten die Eltern die Möglichkeit, sich für eines von drei Bezugsmodellen des Kinderbetreuungsgeldes zu entscheiden. Ab 2010 wird es zwei zusätzliche neue Varianten u.a. ein einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld geben. Zusätzlich zur bisherigen Zuverdienstgrenze von 16.200 € pro Jahr gibt es ab dem Jahr 2010 eine individuelle Zuverdienstgrenze von 60 Prozent der früheren Einkünfte. Mit dieser Neugestaltung des Kinderbetreuungsgeldes gibt es noch mehr Wahlfreiheit für Eltern. Väter können sich leichter als bisher für eine Auszeit zugunsten ihrer Kinder entscheiden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird insgesamt optimiert.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wurden in den letzten Jahren auf gesetzlicher Ebene weitere wichtige Maßnahmen gesetzt – wie z.B. die Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Pension, die Flexibilisierung der Karenz bis zum Schuleintritt des Kindes, das Recht auf Elternteilzeit, das 2004 eingeführt wurde. Seit 2005 werden durch das Familienministerium darüber hinaus innovative Kinderbetreuungsangebote gesondert gefördert. Österreich liegt mit seinen Familienleistungen im Spitzenfeld, das zeigt der EU-Vergleich. Der familienpolitische Weg, die Familien bei ihren Leistungen finanziell zu stärken, ihre Leistungen sozialrechtlich abzusichern und optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, hat sich bewährt.

Auch im Bereich der gesellschaftspolitischen und bewusstseinsbildenden Maßnahmen wurden vorbildhafte Konzepte entwickelt und bereits bestehende Projekte ausgebaut und erweitert - dazu zählen u.a. das **Audit "berufundfamilie"**, das **Audit "familienfreundliche Gemeinde"** und der **Staatspreis "Familienfreundlichster Betrieb"**.

Diese Maßnahmen werden seit 2006 von der im hundertprozentigen Eigentum des Bundes stehenden Familie & Beruf Management GmbH umgesetzt.

Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind nicht nur Thema der österreichischen Familienpolitik, sondern auch auf internationaler Ebene wichtige Handlungsfelder. So befassen sich beispielsweise eigene Gremien in der EU mit diesen Themenbereichen und 2007 wurde eine eigene Homepage zur [Europäischen Allianz für Familien](#) auf EU-Ebene eingerichtet, auf der die einzelnen Mitgliedsstaaten ihre Maßnahmen darstellen und durch das Aufzeigen von best practice Beispielen andere Mitgliedsstaaten zur Nachahmung anregen.

Seit September 2008 steht das „**Handbuch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf**“ als Download zur Verfügung, welches einen Leitfaden für eine erfolgreiche Implementierung familienfreundlicher Maßnahmen ins Unternehmen darstellt. Es wurde 2010 aktualisiert und neu aufgelegt.

Dem Handbuch kann man unter anderem gesetzliche Regelungen, Tipps und Erfahrungswerte aus der Praxis entnehmen.

Kontakt

Abteilung Kinderbetreuungsgeld, Vereinbarkeit Familie und Beruf, Arbeits- und Sozialrecht: post@ii3.bmwfj.gv.at

Weiterführende Informationen

[Handbuch zur Vereinbarkeit \(3. Auflage\) \(PDF, 5MB\)](#)

[Studie - Betriebswirtschaftl. Aspekte \(PDF, 424kB\)](#)

Studie - Familienfreundl. Maßnahmen in Krisenzeiten (PDF, 354kB)

**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN,
BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

Kollross: Nicht auf dem Rücken der Kleinsten Scheinlösungen diskutieren! - Brauchen für Kindergärten eine bundesweit einheitliche Regelung

St. Pölten (OTS) - Der Landesvorsitzende der Kinderfreunde Niederösterreich, Andreas Kollross, merkte zu dem Vorschlag des Gemeindebundpräsidenten Mödlhammer an, dass nicht auf dem Rücken der Kleinsten Scheinlösungen diskutiert werden sollen: Er kenne die finanzielle Situation der Gemeinden, und ja hier braucht es Lösungen. Eine Kompetenzverschiebung in Sachen Kindergarten als Tauschgeschäft zum Spitalswesen sei jedoch der falsche Weg.

"Schon jetzt finden wir die Sachlage vor, dass die Situation für die Kinder und Familien von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ist. Kinder können jedoch nichts dafür, in welchem Bundesland und in weiterer Folge in welcher Gemeinde sie geboren wurden", so Kollross: Es braucht deshalb nicht eine noch stärkere Föderalisierung in Sachen Kindergarten als wir sie jetzt schon haben, sondern das genaue Gegenteil. So wie es für die Schulen bundesweit einheitliche Regelungen gibt, so braucht es diese auch bei den Kindergärten, weshalb eine Aufgabenverteilung weg von den Ländern hin zum Bund, angesiedelt im Bildungsministerium, für die Kinderfreunde der richtigere Ansatz wäre."

Was die Gemeindefinanzen betrifft, sind die Kinderfreunde aber Partner für die Gemeinden, denn die finanzielle Situation der Gemeinden ist schon jetzt alles andere als rosig und wird in naher Zukunft noch dramatischer werden: "Mit Scheinlösungen wird dieses Problem jedoch nicht aus der Welt geschafft, sondern vielmehr mit einer wirklichen Reform der jeweiligen Gebietskörperschaften und deren Aufgaben. Die direkte Zuwendung der Ertragsanteile vom Bund an die Gemeinden, ohne Zwischenschaltung der Länder, scheint hier für mich eine weitaus bessere Lösung als die Dezentralisierung der für die Kinder so wichtigen ersten Bildungsstätte Kindergarten. Was für das Schulwesen eine Selbstverständlichkeit ist, sollte für den Kindergarten schnellstmöglich eine Selbstverständlichkeit werden", schloss Kollross.

Rückfragehinweis:

Kinderfreunde NÖ, Kastelicgasse 2, 3100 St. Pölten, Tel.: 0664/1426066

Gemeinden: Kindergärten, Pflege als Last**Oberösterreich kämpft besonders mit den Kosten für den Sozialbereich und den**

Gratiskindergarten. Vom Rückgang an Steuereinnahmen als Folge der Wirtschaftskrise sind alle Kommunen betroffen.

Wien(ett). Die Kommunen in Oberösterreich sind besondere Sorgenkinder des österreichischen Gemeindebundes, der wegen der hohen Verschuldung am Mittwoch einen bundesweiten Belastungsstopp für die Gemeinden verlangt hat. Im Land ob der Enns kämpfen heuer rund zwei Drittel, nämlich insgesamt 307 Gemeinden, mit einem Abgang im Budget, womit man im Bundesländervergleich in absoluten Zahlen eine ungeliebte Spitzenposition einnimmt.

Vom Rückgang an Steuereinnahmen als Folge der Wirtschaftskrise sind alle Kommunen betroffen. Was sind nun die speziellen Schwierigkeiten in Oberösterreich? Im Gegensatz etwa zu Salzburg, wo die Kosten der Orte für den Sozialbereich nach einer Vereinbarung mit dem Land „gedeckt“ sind, ist das in Oberösterreich nicht der Fall. Damit fallen den Gemeinden ausgerechnet die Kosten für die Pflege, die bundesweit die größten Kostensteigerung verursachen, besonders auf den Kopf.

Pro Kopf 2270 Euro Schulden

Zu schaffen macht Oberösterreichs Kommunen auch der im Wahljahr 2009 vorangetriebene Gratiskindergarten. Auch in Niederösterreich, das bei der Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden mit durchschnittlich 2270 Euro pro Einwohner die Nase vorn hat (siehe Grafik unten), belasten die Investitionen für den Kindergartenausbau die Kommunen. In Niederösterreich gibt es den Gratisbesuch im Kindergarten am Vormittag schon länger.

Für den Sozialbereich hat Niederösterreich eine andere Lösung: Spitäler und Pflegeheime sind unter dem Dach einer Landesholding zusammengefasst. Für Spitäler und Pflege müssen die Kommunen nach einem Pro-Kopf-Schüssel einen Beitrag leisten.

GEMEINDEFINANZEN

Verschuldung der Gemeinden 2008 in Euro pro Kopf



Finanzielle Entwicklung in Millionen Euro (Prognose)

— Einnahmen — Ausgaben



Quelle: APA, Statistik Austria, KDZ

Die Presse/NK

[http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/585823/index.do?
_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/585823/index.do?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do)

307 Gemeinden dürften rote Zahlen schreiben ORF.at

Laut Gemeindebund liegt mehr als jede dritte österreichische "Abgangsgemeinde" in Oberösterreich. 307 von 444 oberösterreichischen Gemeinden schreiben heuer ...

Der Hälfte aller Gemeinden droht heuer ein Minus derStandard.at

Gemeinden müssen Leistungen kürzen DiePresse.com

Gemeinden mit mehr Budgetproblemen Kurier

nachrichten.at - Österreich Journal

→ Alle 18 Artikel »

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Heime für Alte statt Plätze für Kinder

[Kleine Zeitung](#)

Kärnten ist das einzige Bundesland Österreichs, in dem die Zahl der Einwohner abnimmt. Noch dramatischer ist der Kinderschwund in Verbindung mit höherem ...

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen:

Keine Ferienbetreuung für behinderte Kinder

ORE.at

Alleinerziehende berufstätige Mütter von behinderten Kindern haben es schwer in Tirol. Seit März suchen Mütter von Behinderten vergeblich nach einer ...

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

SPÖ: "Zwei Drittel der Gemeinden im Minus"

Bregenz - "Die Vorarlberger Gemeinden pfeifen nun wirklich aus dem letzten Loch. Wenn es so weiter geht, können Kindergärten, Schulen und einiges mehr nicht mehr saniert, geschweige denn ausgebaut werden", fordert SPÖ- Clubobmann Ritsch eine sofortige Reaktion des Landes auf die jüngsten Angaben des Österreichischen Gemeindebundes.

Demnach können 60 von 96 Gemeinden heuer nicht mehr ausgeglichen bilanzieren. Die SPÖ habe, so Michael Ritsch weiter, schon lange vor diesem Kollaps gewarnt. Doch immer wurden diese mahnenden Worte mit Ignoranz quittiert. Michael Ritsch dazu: „Das Land steht quasi schuldenfrei da. Die Gemeinden allerdings haben eine Verschuldungsquote, die im Bundesvergleich im Spitzenfeld zu finden ist.

Der SPÖ- Clubobmann fordert deshalb, unverzüglich eine Expertengruppe unter

Miteinbindung des Gemeindeverbandes und der Landtagsfraktionen ins Leben zu rufen, welche einen neuen Finanzausgleich zwischen dem Land und den Gemeinden ausarbeitet. „Das Land Vorarlberg und die ÖVP können sich jetzt nicht mehr auf ihrem Argument, wonach die Gemeinden vom Land gut bedient werden, ausruhen. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass es die Vorarlberger Gemeinden besonders schwer haben. Wenn es so weiter geht, wird die Zeit kommen, in der Schülerinnen und Schüler sowie Kindergartenkinder in überalterten Gebäuden sitzen“, meint Michael Ritsch

<http://www.austria.com/news/oesterreich/bregenz/artikel/spoe-zwei-drittel-der-gemeinden-im-minus/cn/news-20100805-04170759>

Grüne wollen Kindergärtnerinnen im Landesdienst

Bregenz - Die Grünen schlagen vor, dass es im Sinne der Etablierung des Kindergartens als erste Bildungseinrichtung sinnvoll und konsequent wäre, die Kindergartenpädagoginnen mittelfristig in den Landesdienst zu übernehmen.

So sollte laut den Grünen im Kindergarten wie im Pflichtschulbereich das Land für das Personal zuständig sein und die Finanzierung zur Gänze übernehmen und die Gemeinden für die Infrastruktur. Derzeit übernimmt das Land 60% der Personalkosten, die Gemeinden 40%. In vielen finanzschwächeren Gemeinden übernimmt das Land über die besonderen Bedarfszuweisungen bereits derzeit schon höhere Personalkostenanteile bis zu 90%. Die Vorarlberger Gemeinden könnten jährlich mit etwa 25 Millionen Euro entlastet werden, rechnet Wiesflecker vor.

„Es ließen sich damit mehrere Ziele verbinden“ so Wiesflecker. „Der Kindergarten könnte besser in einen Gesamtbildungsplan miteingebunden werden. Man weiß inzwischen um die Bedeutung der Frühpädagogik. Aus- und Fortbildungen der PädagogInnen könnten zusammengeführt und verschränkt werden. Die gesellschaftliche Anerkennung der PädagogInnen würde steigen, was ihrer Arbeit entspricht. Und: Die Gemeinden könnten finanziell entlastet werden, was dringend notwendig ist. Das Land hat zwar auch weniger Geld, das ist richtig, aber immer noch mehr finanziellen Spielraum, als die Gemeinden. Auch hier bekommt die ÖVP wieder eine bildungspolitische Vision von uns Grünen geschenkt!“ schließt Wiesflecker.

<http://www.austria.com/news/oesterreich/bregenz/artikel/gruene-wollen-kindergaertnerinnen-im-landesdienst/cn/news-20100802-03313677#forum>

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

Kinderkrippe: Keine Garantie auf einen Platz. Stadtrat Oxonitsch räumt im Interview Engpässe bei Betreuungsplätzen und beim Personal ein. Aber Wien wolle vor allem Betreuungsplätze im Altersbereich der 0- bis 3-Jährigen schaffen, so Oxonitsch weiter.

Christian Oxonitsch: All unseren Wahluntersuchungen zufolge ist die Situation in Wien anders, die Jugend tickt hier anders als im Rest Österreichs. Wir wissen, dass in Wien die Mehrzahl der Jugendlichen sehr stark der Sozialdemokratie ihr Vertrauen schenkt.

Markus Rogan abgewandert, Dinko Jukic zur ÖVP. Was sagt da der SPÖ-Sportstadtrat dazu?

Oxonitsch: Da muss man auch Anja Richter als erfolgreiche Olympionikin anführen - und sie tritt für die SPÖ an. Aber grundsätzlich ist es jedem Spitzensportler unbenommen, sich für eine Partei zu engagieren. Es hätte mich natürlich gefreut, wenn das nicht bei der ÖVP stattgefunden hätte.

Das letzte Kindergartenjahr ist ab Herbst verpflichtend. Wie viele Plätze fehlen?

Oxonitsch: Die Zahl der Kinder, die durch das verpflichtende Kindergartenjahr künftig betreut werden, ist geringer als angenommen. Wir sind von 800 bis 1000 im Alterssegment der Fünf- bis Sechsjährigen ausgegangen, die einen zusätzlichen Betreuungsplatz brauchen. Insgesamt sind es aber nicht einmal 500 zusätzliche Kinder dieser Altersgruppe. Angesichts der Tatsache, dass wir 2009 und 2010 6500 Plätze geschaffen haben, haben wir in dem Altersbereich kein Problem.

Und was ist mit den 0- bis 3-Jährigen? Haben Eltern da eine Garantie auf einen Kindergartenplatz?

Oxonitsch: Nein. Aber Wien baut gerade in diesem Bereich verstärkt aus. Damit nähern wir uns als erstes Bundesland Ende des Jahres dem Barcelona-Ziel mit einem Versorgungsgrad von über 30 Prozent.

Wie sieht es mit der Personalsituation aus, gibt es einen Engpass?

Oxonitsch: Die Personalsituation ist nach wie vor eine sehr enge. Wir haben genügend Personal, um die gesetzlichen Vorgaben erfüllen können. Was wir nicht haben, sind entsprechende Sicherheitsreserven. Wenn Krankenstände eintreten, müssen wir Aushilfen aus anderen Häusern holen.

Was tun Sie dagegen?

Oxonitsch: Derzeit haben wir etwa 500 Leute in verschiedenen Ausbildungsmaßnahmen drinnen, das ist ein wesentlicher Polster. Die ersten 70 voll ausgebildeten Pädagoginnen stehen uns bereits ab März zur Verfügung. Weiters haben wir ab Herbst als Unterstützung zusätzlich rund 50 pädagogische Assistentinnen in Ausbildung zur Verfügung.

In manchen Bundesländern wird überlegt, ob der Gratiskindergarten finanzierbar ist.

Oxonitsch: Der Gratiskindergarten steht bei uns sicher nicht zur Disposition. Bei uns gibt es diese Diskussion, die Frau Marek und andere Bundesländer führen, nicht.

Wird es den Gratiskindergarten über die Wahl hinaus, die ganze nächste Legislaturperiode, geben?

Oxonitsch: Wenn es die entsprechende Mehrheit bei der Wahl für die Sozialdemokratie gibt - dann auf jeden Fall.

Zur Ganztagschule: Eltern ärgern sich, weil es im Sommer keine Betreuung, keinen Hort gibt.

Oxonitsch: Völlig unabhängig von der Ganztagschule: Wir haben jetzt einen Pilotversuch in einer Schule laufen, wo die Kinder auch in der Ferienzeit betreut werden. Unsere Pläne gehen dahin, dass wir in Schulen auch eine Betreuung im Sommer haben. Sicher nicht an jedem Standort, das würde sich vom Bedarf her nicht rechnen, aber in erreichbarer Nähe sollte immer eine Ferienbetreuung sein.

An einigen Schulstandorten entwickeln sich Container immer mehr zu einer Dauerlösung.

Oxonitsch: Manche Schulen haben zusätzlichen Raumbedarf, gerade wegen der Nachmittagsbetreuung. Das schaffen wir an manchen Standorten mit Schulpavillons. Das hat absolut nichts mit den Baucontainern zu tun, wie sie von der ÖVP so spektakulär

dargestellt werden. Das sind moderne Container, die im Bereich von Wärmeschutz, Klimatisierung und Lärmschutz höchste Anforderungen erfüllen. Aber wir bauen auch neue Schulen.

Das heißt, Containerklassen bleiben uns auch in Zukunft erhalten?

Oxonitsch: Ja, es wird immer wieder an bestimmten Schulstandorten temporäre Lösungen mit Pavillons geben müssen. Mir ist besonders wichtig, dass Kinder, Eltern und Lehrer damit oft sehr zufrieden sind.

In manchen Schulen Wiens gibt es bis zu 80 Prozent Kinder mit nicht deutscher Muttersprache – was die Qualität drastisch senkt.

Oxonitsch: Ich wünsche mir in der Frage eine entemotionalisierte Diskussion. Wichtig ist, dass alle Fördermaßnahmen weiter ausgebaut werden. Viele sind unter VP-Ministerin Gehrler abgeschafft worden. Claudia Schmied hat uns für diese Maßnahmen die notwendigen Lehrerinnen zurückgegeben. Die sind in solchen Klassen, in denen es Defizite gibt, dringend notwendig. Kinder sollen aber nicht nur zusätzlichen Deutschunterricht, sondern auch zusätzlichen Muttersprachunterricht bekommen. Wenn ich beides nicht kann, dann tue ich mir in beiden Sprachen schwer.

Und mit Förderlehrern lösen Sie das Problem der sinkenden Qualität?

Oxonitsch: Dort, wo es Probleme gibt, setzen wir zusätzliche Pädagogen ein. Dann stehen zwei Lehrer in der Klasse, und es gibt zusätzliche Förderkurse – das ist der richtige Weg. Und: Die Qualität des Unterrichts sinkt nicht automatisch, wenn mehr Ausländer in der Klasse sind, sondern sie sinkt dann, wenn nicht das entsprechende Lehrpersonal zur Verfügung steht und mit Fördermaßnahmen auf die Kinder eingeht.

ZUR PERSON

■ **Christian Oxonitsch** (48) ist seit März 2009 amtsführender Stadtrat für Jugend, Bildung, Information und Sport. Der geborene Wiener arbeitete bei den Kinderfreunden, war Chef der Roten Falken, Bezirksrat in Ottakring, Gemeinderat und SPÖ-Klubchef.

http://diepresse.com/home/bildung/erziehung/585844/index.do?_vl_backlink=/home/bildung/erziehung/index.do

VP-Riha: Selektive Wahrnehmung und Schönreden schaffen noch keine Kindergartenplätze - Wien braucht Entwicklungsplan und Rechtsanspruch für den Kindergarten

Wien (OTS) - Auch wenn Stadtrat Oxonitsch noch so oft behauptet, dass es in Wien keinen Mangel an Kindergartenplätzen in der Gruppe der 3-6-jährigen gibt, so sagen die statistischen Zahlen etwas anderes. In Wien liegt die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe derzeit bei 87,2 Prozent (Mai 2010). Mit diesem Wert liegt Wien an drittletzter Stelle im Bundesländervergleich. "Die Situation im vorschulischen Bildungs- und Betreuungsbereich ist nach wie vor angespannt. Entgegengesetzt zu den Aussagen von Herrn Stadtrat Oxonitsch ist es ein Faktum, dass es sowohl an Betreuungsplätzen, Einrichtungen und vor allem an qualifizierten KindergartenpädagogInnen mangelt. Die Schere zwischen dem, was benötigt wird, und dem was es im September 2010 an Angebot gibt, klafft nach wie vor weit auseinander", so ÖVP Wien Gemeinderätin Monika Riha zu Aussagen von Stadtrat Oxonitsch in der Tageszeitung "Die Presse".

Fakt sei jedenfalls, dass es die Stadt Wien verabsäumt habe, sich

sowohl auf den Gratiskindergarten als auch auf das verpflichtende Kindergartenjahr für alle 5jährigen entsprechend vorzubereiten. Besonders zu leiden haben unter der derzeitigen Situation die unter 3jährigen, da diese kaum noch Chancen auf einen Platz haben, da derzeit Kinder über 3 Jahren bevorzugt behandelt werden. "In Wien fehlen im September 2010 noch immer rund 8.000 Plätze sowie mindestens 200 - 300 KindergartenpädagogInnen, um von einem bedarfsgerechten Angebot sprechen zu können. Statt sich selbst zu loben täte der zuständige Stadtrat gut daran, endlich entschieden zu handeln. Die derzeitigen Bemühungen sind jedenfalls eindeutig nicht ausreichend", so Riha weiter.

Offenlegung der Wartelisten gefordert

"Uns erreichen täglich Anfragen von besorgten Eltern aus allen Bezirken, die nicht wissen, wohin mit ihrem Kind im Herbst. Sie alle fühlen sich von der Stadt allein gelassen", so Riha weiter. Bezeichnend in diesem Zusammenhang sei, dass die Stadt die Zahlen der Wartelisten auf einen Kinderbetreuungsplatz nicht offenlege. Eine entsprechende Anfrage der ÖVP blieb, sieht man von Allgemeinplätzen ab, unbeantwortet. "Es zeigt sich wieder einmal, dass es nicht reicht, eine ÖVP Idee zu übernehmen, wenn diese dann nicht auch entsprechend professionell umgesetzt wird. Die SPÖ ließ 8 Jahre seit der erstmaligen Forderung des Gratiskindergartens durch die ÖVP ungenutzt verstreichen. Sollte Stadtrat Oxonitsch tatsächlich überzeugt sein, dass es in Wien keinen Mangel an Plätzen gibt, so ist es unverständlich, wieso er sich dann weigert, wie von der ÖVP gefordert, einen Entwicklungsplan für das Kindergartenwesen und einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder einzuführen", so Riha abschließend.

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien
Tel.: T:(+43-1) 4000/81 916, F:(+43-1) 4000/99 819 60
<mailto:eva.gruy@oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Hessen will mehr Männer in den Kitas nh24.de

Die hessische Landesregierung will mehr Männer zur Arbeit bei der Kinderbetreuung ermutigen. «Wir brauchen nicht nur die neuen Väter, die sich in der ...

Bessere Erzieher im Osten [WELT ONLINE](#)

von Karoline Beyer In Ostdeutschland gibt es mehr Kindergarten-Personal mit besserer pädagogischer Ausbildung als in den westdeutschen Bundesländern. ...

FAMILIENPOLITIK

Familienpolitik: Kritik an Sparplänen der Industriellenvereinigung Kathweb

Wien (KAP) Aus dem kirchlichen Bereich kommt deutliche Kritik zu den familienpolitischen Äußerungen und Sparvorschlägen der Industriellenvereinigung (IV). ...

Familienverband: "Keine Spardebatte auf dem Rücken der Familien" Kathweb

Außerdem gebe es zahlreiche Bereiche, in denen die kolportierten Budgeteinsparungen weitaus leichter einzuspielen seien als in der Familienpolitik - etwa ...

GENDER

Frauen in der Wissenschaft auf der Überholspur



APA

Wien (APA) - Auf der Überholspur sieht Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (V) die Frauen an den Hochschulen bzw. in der Wissenschaft. Mit den jüngsten Bestellungen von Frauen an die Spitze von Unis, Privatunis und Fachhochschulen (FH) habe sich gezeigt, dass auch in Österreich exzellente Forscherinnen an die Spitze kommen könnte, so Karl bei einer Pressekonferenz in Wien.

Nachholbedarf sieht sie vor allem noch beim geringen Professorinnenanteil von 19 Prozent an den Unis. Hier habe es "noch nicht den ultimativen Sprung gegeben, aber es geht in die richtige Richtung". Derzeit gibt es an den öffentlichen Universitäten keine weibliche Rektorin. Mit Beginn des kommenden Studienjahrs übernimmt aber an der Veterinärmedizinischen Universität Wien (VUW) Sonja Hammerschmid dieses Amt.

Mit Christa Them (Tiroler Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik und Technik/UMIT) und Marianne Betz (Anton-Bruckner-

Privatuniversität Linz) stehen zwei Frauen an der Spitze von Privatunis. Zwei Rektorinnen gibt es auch an Fachhochschulen - Barbara Schmid an der FH St.Pölten und Eva Werner an der FH Krems, wobei das Rektoren-Amt an FH aber mit geringeren Kompetenzen verbunden ist.

Kritik an Verteilung in der VUW

Ganz krass ist die Verteilung der Frauen auf den unterschiedlichen Karrierestufen an der VUW, schilderte Hammerschmid: Bei den Studenten beträgt der Frauenanteil 80 Prozent, bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern 60, bei den Habilitierten 40 und bei den Professoren weniger als 20 Prozent. "Da haben wir sehr viel nachzuholen." Die Uni setze dabei einerseits auf Qualifizierung, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf - etwa durch die Schaffung einer Kinderkrippe - sowie auf eine neue Berufungspolitik. So seien in den

vergangenen drei Jahren 40 Prozent der Professorenstellen mit Frauen besetzt worden. Allerdings sei eines klar: Frauenförderung beginne nicht im Hochschulsektor oder in der Wirtschaftsförderung, sondern im Kindergarten.

Derzeit sind 57 Prozent der Studienanfänger und 56 Prozent der Absolventen der Universitäten weiblich. Der Frauenanteil bei den Dozenten liegt bei knapp über 20 Prozent, jener bei den Professoren bei knapp unter 20 Prozent. Generell gilt: Je höher auf der Karriereleiter desto geringer der Frauenanteil

Barbara Weitgruber, seit 1. August wieder Forschungs-Sektionschefin im Wissenschaftsministerium, setzte diese Zahlen in Bezug zu den jenen in der EU: Dort beträgt die Frauenquote bei den Absolventen 59 Prozent, bei den Forschern 30, bei den Professoren 18 und bei den weiblichen Hochschul-Chefs neun Prozent. Als Grund für die geringen Frauenquoten nannte sie unter anderem, dass "die Kriterien für die Bewertung von Exzellenz nicht ganz genderneutral sind". So habe etwa eine schwedische Studie gezeigt, dass selbst Frauen Forschungs-Anträge von anderen Frauen strenger begutachteten als Männer.

<http://journale.cms.apa.at/cms/ZukunftWissen-Newsletter/nlv2.html?docid=CMS1280933623223&ctx=CH0146&showdoc=CMS1280933623223&showctx=CH0146>

KINDERBETREUUNG

Karenz für Männer noch immer kein Thema derStandard.at

Wien - Kinderbetreuung ist in Österreich einer aktuellen Statistik des Familienministeriums zufolge noch immer Frauensache. Selbst dann, wenn es Geld dafür ...

KINDERERZIEHUNG

Mamas & Papas: Eins, zwei, drei - Gehorsam! [Berliner Morgenpost](http://BerlinerMorgenpost)

Man kann die neuen, die angesagten Trends in der Kindererziehung beobachten. Natürlich nicht bei sich selbst, sondern bei anderen Eltern samt Kindern, ...

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Erfolgsmodell "Family Literacy": Sprachförderung wird ausgeweitet

WELT ONLINE

Mehr als 50 Hamburger Schulen sollen schon bald an dem Sprachförderprogramm "Family Literacy" (Fly) teilnehmen, das von der Unesco ausgezeichnet wurde. ...

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Die Pfarre Steyr, St. Michael sucht ab September 2010 eine/n ...
Woche, in Absprache mit der gruppenführenden

Kindergartenpädagogin/Leiterin ... Abgeschlossene Ausbildung zur/m
KindergartenpädagogIn ...
www.ooe-kindernet.at/.../Steyr_St_Michael_Stellenausschreibu...

KindergartenpädagogIn für Wels - Hilfswerk - Pflege ...
KindergartenpädagogIn (16 Wo-Std./NM). für Kindergarten in Wels.
Anforderungsprofil: AbsolventIn einer Bildungsanstalt für
Kindergartenpädagogik ...
ooe.hilfswerk.at/job2217

Unijobsat KindergartenpädagogIn bei Kinder in Wien

Kinder in Wien (KIWI) ist eine innovative Organisation, die ideenreich neue Wege geht, sich kontinuierlich weiterentwickelt und in der Pädagogik Akzente ...
www.unijobs.at/data/insertat.php?anzid=200242

SONSTIGES

AUGE/UG Broschuere "Stopp Burn out"

Die dramatische Zunahme von Burn out als Folge von Arbeitsstress und -druck war in den letzten Tagen Schlagzeile in allen Medien.

→ [Hier](#) die Broschüre als Download.

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.